Zielführend und richtig

Sowohl eine AHV- als auch eine Unternehmenssteuerreform wurden 2017 vom Schweizer Stimmvolk abgelehnt. Dies im Wissen, dass eine neuerliche Vorlage nötig sein würde.

Einerseits, weil Steuerprivilegien für bestimmte Unternehmen nicht mehr zulässig sind. Andererseits, weil die AHV-Finanzierung je länger je mehr aus den Fugen gerät. Handlungsbedarf ist angesagt. Und zwar schnellstmöglich und zum Wohle für unser Land.

Doppelplus

Wir sind es unseren Nachfahren schuldig, die nötigen Weichen zeitgerecht zu stellen und mögliche Lösungen nicht auf die lange Bank zu schieben. Dass eine Koppelung zweier Vorlagen unüblich ist, stimmt. Es ging bei der neu gezimmerten AHV-Steuervorlage eben darum, einen Kompromiss zu schmieden, der uns aus der Sackgasse zu einer mehrheitsfähigen Lösung führt. Die Befürworter der STAF-Reform (Steuerreform und AHV-Finanzierung) werben deshalb zurecht mit einem Doppelplus.

Gleiche Steuern

Die Schweiz bot verschiedenen Unternehmen attraktive Steuerprivilegien, die dazu führten, dass Firmen sich bei uns ansiedelten und Arbeitsplätze brachten. Die Kantone haben diese «Nischenpolitik» sehr erfolgreich gespielt. Wir sind deshalb auch in die Kritik geraten: Unternehmen sollten am gleichen Ort gleich besteuert werden. Die heutigen Steuerprivilegien für einzelne Unternehmen sollen deshalb abgeschafft werden. Bei einem Ja bezahlen diese alsdann mehr. Alle anderen dafür weniger.

Ja als Anfang für weitere Reformen

Es liegt im Falle der Annahme der Vorlage an den Kantonen, geeignete Steuergesetze zu erlassen. Der Bund zahlt hieran seinen Beitrag. Klar ist auch, dass die AHV mit der Unterstützung von rund zwei Milliarden Franken jährlich nicht saniert ist. Ein Ja am 19. Mai wäre aber ein guter Anfang zur Ausarbeitung weiterer Reformen.

Dr. Sven Bradke, Wirtschafts- und Kommunikationsberater, Geschäftsführer Mediapolis AG, St. Gallen